



**Geschäftsführung
Ausschuss Umwelt, Gesundheit und
Grün**

Frau Nick

Telefon: (0221) 221-24176

Fax: (0221) 221-24686

E-Mail: anja.nick@stadt-koeln.de

Datum: 02.02.2010

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 27.08.2009, 14:00 Uhr bis 16:11 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Götz Bacher SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Hans-Werner Bartsch CDU

Frau Margret_ Dresler-Graf_ CDU

Vertretung für Herrn Paul, abwesend von 14:34 Uhr (TOP 4.5) bis 14:46 Uhr (TOP 13.) und ab 15:37 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Ursula Gärtner CDU

Herr Walter Grau CDU

anwesend bis 15:40 Uhr (TOP 20.)

Herr Stephan Pohl	CDU	Vertretung für Herrn Grau ab 15:40 Uhr (TOP 20.)
Frau Helga Schlapka	SPD	Vertretung für Frau Frebel ab 15:18 Uhr (TOP 19.17)

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Alexander Fladerer	SPD	abwesend von 14:26 bis 14:29 Uhr (TOP 4.3 und 4.4) und 15:35 bis 15:39 Uhr (TOP 19.15)
Frau Polina Frebel	SPD	anwesend bis 15:18 Uhr (TOP 19.17)
Herr Michael Paetzold	SPD	anwesend bis 14:58 Uhr (TOP 16.2)
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Frau Dr. Sabine Müller	GRÜNE	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Heinz Peter Fischer	Die Linke.Köln	abwesend von 15:54 Uhr bis 15:59 Uhr (TOP 4.3 Betriebsausschuss)
--------------------------	----------------	--

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Egbert Bischoff	auf Vorschlag der CDU	
Herr Anton Henk	auf Vorschlag der CDU	anwesend bis 15:34 Uhr
Frau Barbara Albat	auf Vorschlag der SPD	
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD	abwesend von 14:16 bis 14:20 Uhr
Frau Katrin Barion	GRÜNE	abwesend von 15:45 bis 15:45 Uhr
Herr Ralf Bilke	auf Vorschlag der Grünen	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Dr. Martin Theisohn		
--------------------------	--	--

Frau Michaela Diers AIDS-Hilfe Köln e.V. anwesend bis 15:45 Uhr

Verwaltung

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst	V
Herr Dr. Ernst Drösemeier	57
Herr Michael Eppenich	67
Herr Stadtdirektor Guido Kahlen	I
Herr Rainer Liebmann	574
Herr Stephan Neuhoff	37
Herr Christian Rahmfeld	V/1
Herr Dr. Bernhard Schoenemann	53

Schriftführerin

Frau Evelyne Fuchsberger-Meyer	535
Frau Claudia Kutzer	V/1

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Bacher begrüßt alle Anwesenden zur letzten Sitzung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün und des Betriebsausschusses der Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln in dieser Wahlperiode und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit.

Frau Beigeordnete Bredehorst weist auf die erweiterten Tagesordnungen für den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün und den Betriebsausschuss hin, die allen Mitgliedern als Tischvorlagen vorliegen. Frau Bredehorst erklärt, die neu hinzugekommenen Tagesordnungspunkte seien kursiv gedruckt. Bei den Tischvorlagen handele es sich um folgende Tagesordnungspunkte: 1.2, 2.1, 2.1.1, 2.2, 5.4, 13.6, 19.2.1, 19.14, 19.15 und im nicht öffentlichen Teil 24.2.1. Der Punkt 19.15 – Kölner Umweltzone – Ausblick und weiteres Verfahren – sei neu hinzugekommen und stehe noch nicht auf der Tagesordnung.

Frau Beigeordnete Bredehorst gratuliert, unter dem Beifall der im Saal Anwesenden, im Namen der Stadtverwaltung dem Vorsitzenden Herrn Bacher zum 30 jährigen Ratsjubiläum.

Herr Bacher bedankt sich für die Glückwünsche und ergänzt, dass er auch 30 Jahre ohne Unterbrechung dem für Grün zuständigen Ausschuss angehöre.

RM Frau Gärtner bittet die Beschlussvorlage zu TOP 4.2 des Betriebsausschusses – Geschäftsverteilung in der Betriebsleitung der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung AWB – , in die nächste Sitzung zu vertagen, da in der CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf bestehe.

RM Herr Dr. Fladerer ist verwundert über diese Bitte, da aus der Satzung des Eigenbetriebes hervorgehe, dass ein Geschäftsverteilungsplan erstellt werden müsse.

RM Frau Gärtner bekräftigt den Beratungsbedarf und weist auf die übliche Regelung im Ausschuss hin, diesen Bedarf zu respektieren.

Frau Beigeordnete Bredehorst räumt ein, dass die Erstellung der Beschlussvorlage einige Zeit benötigt habe. Sie spricht sich jedoch dafür aus, die Vorlage heute zu beraten. Es sei an für sich nicht tragbar, weitere zwei oder drei Monate die ungeteilte Verantwortung bei ihr alleine zu belassen. Es sei üblich, dass der geschäftsführende Betriebsleiter zumindest für das operative Geschäft verantwortlich sei.

RM Herr Grau appelliert an die Ausschussmitglieder, der Bitte der CDU-Fraktion nach einer Vertagung nachzukommen.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün ist damit einverstanden, den Tagesordnungspunkt 4.2 des Betriebsausschusses in der nächsten Sitzung zu behandeln.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün legt die Tagesordnung wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

0. Zur stellvertretenden Schriftführerin wird Frau Claudia Kutzer bestellt

I. - Gleichstellungsrelevante Themen

A - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Gesundheit

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

1.1 Vereinsgründung Gesundheitsregion KölnBonn e. V.
3078/2009

1.2 Das Drogenhilfesystem in Köln
hier: Anfrage von RM Frau Gärtner in der Sitzung am 18.06.2009
3457/2009

2 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Schutzimpfungen gegen die neue Grippe ("Schweinegrippe")
AN/1400/2009

2.1.1 Schutzimpfungen gegen die neue Grippe ("Schweinegrippe")
3758/2009

2.2 Fachärztliche Versorgung im Stadtgebiet
AN/1414/2009

3 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Beschlussvorlagen

4.1 Handlungskonzept Demographischer Wandel
- Bericht -
1754/2009

4.2 Handlungskonzept Behindertenpolitik "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle"
1885/2009

- 4.3 Veränderung der Antragsfristen sowie Auszahlungsmodalitäten für die Förderung von Selbsthilfegruppen im Sozial- und Gesundheitsbereich
2808/2009
- 4.4 Förderung von Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich, Haushaltsjahr 2009
2841/2009
- 4.5 Sirenenkonzept Köln: Dritte Priorität - weiterer Ausbau
5749/2008
- 4.6 Überplanmäßige Auszahlung in Höhe von insgesamt 103.850 € im Teilfinanzplan 0701 - Gesundheitsdienste, Teilfinanzplanzeile 9 - Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen - für das Haushaltsjahr 2009
3232/2009
- 4.7 Beschluss zur Ausschreibung von Laborleistungen für Schadstoffuntersuchungen in städtischen Gebäuden.
3140/2009
- 4.8 Beschaffungsprogramm 2009 für die Fahrzeuge des Rettungsdienstes der Berufsfeuerwehr Köln
3425/2009
- 5 Mitteilungen**
- 5.1 Anfrage des RM Helling im Ausschuss für Soziales und Senioren am 08.06.2009
Verbesserung der Bürgerbeteiligung
2968/2009
- 5.2 "Menschen ohne Papiere" - finanzielle Unterstützung der Beratungslandschaft und des Fonds "Armenbett für Menschen ohne Krankenversicherung"
3133/2009
- 5.3 Jubiläum der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Köln
3558/2009

- 5.4 Bericht zur Übung des Krisenstabes
2328/2009

6 Mündliche Anfragen

- 6.1 Leitfaden Sommerhitze

B - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Umwelt und Grün

13 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 13.1 Klimastudie NRW
3370/2009
- 13.2 Mündliche Anfrage des RM Herrn Dr. Fladerer aus der Sitzung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün vom 18.06.2009, TOP 20.2
3442/2009
- 13.3 Mündliche Anfrage des SE Herrn Henk aus der Sitzung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün vom 18.06.2009
3448/2009
- 13.4 Geplanter Bau der Erdgastransportleitung MET der RWE
3532/2009
- 13.5 Biologische Stationen in der Stadt Köln
3365/2009
- 13.6 Grundstück Gottfried-Hagen-Str. 1 - Antrag auf Erteilung einer BImSchG-Genehmigung für eine Anlage zur Lagerung von Schrott
3505/2009

14 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

14.1 Vernetzung städtischer Klimaschutz- und Energiesparprojekte
AN/1244/2009

14.2 Taubenmanagement
AN/1297/2009

14.3 "Bebauung des Geländes Ohmstraße, Köln-Porz"
AN/1384/2009

15 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

16 Beschlussvorlagen

16.1 Grundstück Gottfried-Hagen-Str. 1 - Antrag auf Erteilung einer BImSchG-Genehmigung für eine Anlage zur Lagerung und Behandlung von Schrott
0059/2009

16.2 Ausweisung des Nippeser Tälchen als Naturdenkmal
Einleitung eines Verfahrens zur Änderung der ordnungsbehördlichen Verordnung über Naturdenkmale des bauplanungsrechtlichen Innenbereiches (NDI) der Stadt Köln
0202/2009

16.3 Übertragung der hoheitlichen Aufgabe der Unterhaltung und des Ausbaus der Kölner Bäche auf die Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR
1458/2008

16.4 Novellierung der Satzung für das Kommunalunternehmen Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Köln (StEB)
0919/2009

16.5 Durchführung einer Großveranstaltung auf der Jahnwiese, L 17, Bezirk 3, EZ 2

hier: Widerspruchsverfahren nach §69 Landschaftsgesetz NW (LG NW) 1454/2009

16.6 Durchführung eines Ballon-Festivals auf der Jahnwiese 1943/2009

16.7 Stellenzusetzungen zur rechtskonformen und sachgerechten Umsetzung der städtischen Baumschutzsatzung 1905/2009

16.8 Freigabe von Verpflichtungsermächtigungen
hier: Beschaffungen KFZ im Grünbereich 2394/2009

16.9 Lieferung von Schüttgütern 3103/2009

16.10 Ersatz- und Neupflanzungen Bäume
hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen 1431/2009

16.11 Sanierungsmaßnahmen im Botanischen Garten
hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des Bürgerhaushalts 3270/2009

16.12 Erweiterung der Veterinär-Grenzkontrollstelle am Flughafen Köln/Bonn 3141/2009

17 Mitberatung von Planungsvorlagen

17.1 Empfehlungen zur zukünftigen Nutzung ehemaliger Friedhofserweiterungsflächen 3140/2008

- 17.2 4. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes Köln NordWest (Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung/Umsetzung der IIRA in die Flächennutzungsplanung)
- Beschluss über Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung/Stellungnahmen der Bezirksvertretungen Lindenthal und Chorweiler sowie
- Offenlage zur 4. FNP-Fortschreibung
1063/2009

18 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

19 Mitteilungen

- 19.1 Bilanz der Kölner Umweltzone
Beantwortung der Anfrage der Fraktion pro Köln im Rat
2820/2009
- 19.2 Umweltpolitische Forderungen des DST an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung
3000/2009
- 19.2.1 Ergänzende Mitteilung der Verwaltung zu den umweltpolitischen Forderungen des DST an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung, 3000/2009
Hier: Beratung des Hauptausschusses vom 10.08.2009
3664/2009
- 19.3 CO₂-Minderung bei den StEB durch Eigenstromerzeugung und Energieeinsparung
2939/2009
- 19.4 Kommunalverfassungsbeschwerde Umweltverwaltung
Evaluation des Belastungsausgleichs für das Jahr 2008
2961/2009
- 19.5 Gastechische Erschließung der ehemaligen Colonia-Deponie
Hier: Ergebnisse der Machbarkeitsstudie für die aerobe in situ Stabilisierung des Verkehrsübungsplatzes
3005/2009

- 19.6 Aktueller Stand der interkommunalen Zusammenarbeit in der Zukunftsinitiative StadtRegion Köln-Rhein-Erft und zum Abschluss der Arbeit an der IIRA
2978/2009
- 19.7 Statusbericht Bürgerhaushaltsverfahren 2008
2486/2009
- 19.8 Baumfällungen aufgrund der BAB-Erweiterung in Köln-Buchheim
Mündliche Anfrage des SB Herrn Dr. Albach
3284/2009
- 19.9 Tiefenwasserbelüftungsanlage See 6 am Fühlinger See
3550/2009
- 19.10 Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen des Bundes
3649/2009
- 19.11 Anpassungsstrategie an den Klimawandel
3398/2009
- 19.12 Geplanter Bau einer Biogasanlage in Köln-Immendorf
3097/2009
- 19.13 Luftschadstoffmessung entlang der Rheinuferstraße
3640/2009
- 19.14 Sachstand Freiraum Meschenich
3098/2009
- 19.15 Kölner Umweltzone - Ausblick und weiteres Verfahren
3787/2009

20 Mündliche Anfragen

- 20.1 Ehemaliges Karstadt-Gelände in Porz/Eil, Rudolf-Diesel-Str., Frankfurter Str.,
Maarhäuser Weg
hier: mündliche Anfrage von RM Herrn Grau

I. Öffentlicher Teil

0. Zur stellvertretenden Schriftführerin wird Frau Claudia Kutzer bestellt

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün beschließt, für die heutige Sitzung Frau Claudia Kutzer als stellvertretende Schriftführerin zu wählen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

I. - Gleichstellungsrelevante Themen

Keine

A - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Gesundheit

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

1.1 Vereinsgründung Gesundheitsregion KölnBonn e. V. 3078/2009

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

1.2 Das Drogenhilfesystem in Köln hier: Anfrage von RM Frau Gärtner in der Sitzung am 18.06.2009 3457/2009

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

2 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Schutzimpfungen gegen die neue Grippe ("Schweinegrippe") AN/1400/2009

2.1.1 Schutzimpfungen gegen die neue Grippe ("Schweinegrippe") 3758/2009

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Frau Gärtner weist darauf hin, dass ihre Fraktion über den Presseartikel überrascht war. Man könne sich nicht vorstellen, dass eine derartige Personenzahl an einem Ort zentral geimpft werden könne. Sie habe auch erhebliche Bedenken, ob aus dem letzten linksrheinischen Winkel die Bevölkerung zur Zentralimpfstelle kommen würde. Aus den Veröffentlichungen der kommunalen Spitzenverbänden gehe hervor, dass in anderen Kommunen in Krankenhäusern oder sonstigen öffentlichen Gebäuden dezentrale Impfstellen eingerichtet werden sollen, damit die Bevölkerung eine kürzere Anfahrt hätte. Sie bittet, in der nächsten Sitzung dem Ausschuss einen Bericht, wie das im Einzelnen angelaufen ist, vorzulegen.

Herr Dr. Schoenemann erläutert, dass die Gesundheitsverwaltung abzuwägen habe, ob die Impfungen dezentral mit großem Aufwand oder zentral mit dem logistisch besser zu bewältigenden Aufwand durchgeführt werden. Auch sei die wahrscheinlich schleppende Anlieferung des Impfstoffes zu beachten. Der Impfstoff wird derzeit von der Industrie noch produziert. Die Kommunen erhalten nach und nach die notwendigen Impfdosen zugewiesen. Das heißt, wenn dezentral geimpft werde, müsste immer wieder auch dezentral ein Impfangebot gemacht werden. Bei der zentralen Lösung sei zu überlegen, welche Angebote für die Impfwilligen geschaffen werden müssen, um aus der Peripherie schnell zur Stammimpfstelle zu gelangen. Das wird zurzeit von der Verwaltung geprüft.

Frau Beigeordnete Bredehorst schildert die generelle Schwierigkeit, da die Verwaltung immer noch nicht wisse, wie die Durchführung aussehen soll. Das Land habe noch keine konkreten Anforderungen formuliert, daher müsse ins Blaue geplant werden. Es gäbe lediglich die Entscheidung auf Bundesebene, dass es Angelegenheit der Länder

sei und die Schutzimpfungen unter der Prämisse laufen, besondere Personengruppen zu bevorzugen.

Das Land habe sich soweit entschieden, die Impfungen nicht durch die niedergelassenen Ärzte durchführen zu lassen, weil dies kostenaufwändiger wäre. Im Umkehrschluss heiße das, die Aktion wird auf die Kommunen abgeladen. Nun muss diese, ohne zu wissen wann und unter welchen Voraussetzungen es stattfindet, planen. Deshalb hat Köln sich für eine zentrale Stelle entschieden, weil die Verwaltung noch nicht genau weiß, in welchen Abständen wie viel Impfstoff angeliefert wird und wie viel Personal zur Verfügung stehen muss. Die Verwaltung habe kein ausreichendes Personal, stehe aber unter einem enormen Kostendruck und könne daher dezentrale Stellen personell nicht bedienen. Hier sei also eine flexible Handhabung erforderlich, um mit einem großen oder aber auch mit einem tröpfelnden Ansturm zu recht zu kommen.

Die Gesundheitsverwaltung fühlt sich vom Land nicht ausreichend unterstützt, es übermittelt bisher nur vage Ausführungsmodalitäten. Außerdem werde darüber debattiert, wer die Kosten trägt. Was das für die praktischen Vorbereitungen bedeutet, macht man sich auf Bundes- und Landesebene nicht klar.

SE Dr. Krebs bemerkt zur Situation, bei allem Verständnis für die Probleme der Verwaltung, sei aus der Sicht der Bevölkerung, insbesondere der immobilen Alten, dezentrale Anlaufstellen sinnvoll. Aufgrund der teilweise langen Anfahrten werden viele Bürgerinnen und Bürger, die impfbedürftig sind, auf eine Impfung verzichten. Dieses Argument müsste auch berücksichtigt werden.

RM Herr Paetzold möchte zum Kostendruck der Verwaltung wissen, ob die Stadt den Anteil der Kosten nach Abzug der Impfstoffkosten auch von den gesetzlichen Krankenkassen überwiesen bekomme.

Herr Dr. Schoenemann erläutert, der Bund gehe von einem Kostenfaktor für die zwei notwendigen Impfungen von 28,00 € aus, 2x 9,00 € für den Impfstoff und 2x 5,00 € für den Impfvorgang. Die Verwaltung sei der Auffassung, dass dieser Betrag den Kommunen zur Verfügung gestellt werde.

Für die Gesundheitsverwaltung wäre es eine gute Alternative, wenn die niedergelassenen Ärzte wegen der besseren Erreichbarkeit die Bevölkerung impfen würden.

2.2 Fachärztliche Versorgung im Stadtgebiet AN/1414/2009

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung der Anfrage zur nächsten Sitzung zu.

3 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine

4 Beschlussvorlagen

4.1 Handlungskonzept Demographischer Wandel - Bericht - 1754/2009

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt den Bericht zum Handlungsbedarf, der durch den demographischen Wandel in Köln entsteht, zur Kenntnis.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, auf der Grundlage des vorliegenden Berichts und der noch ausstehenden Ergebnisse der Umfragen zum Demographischen Wandel und zur Integration ein Handlungskonzept zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.2 Handlungskonzept Behindertenpolitik "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle" 1885/2009

RM Frau Dr. Müller weist auf die Empfehlungen des Verkehrsausschusses hin. Im Wesentlichen wurden dort die Hinweise aus den Bezirksvertretungen beschlossen. Sie regt an, diesem Beschluss zu folgen.

RM Frau Gärtner und RM Herr Bacher schließen sich dieser Empfehlung an.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt das Handlungskonzept Behindertenpolitik „Köln überwindet Barrieren – eine Stadt für alle“ und beauftragt die Verwaltung im Sinne des Konzeptes tätig zu werden.

Die Umsetzung der benannten Ziele und Maßnahmen wird im Rahmen eines regelmäßigen Berichtswesens überprüft. Ein ausführlicher Bericht wird Politik und Verwaltung alle zwei Jahre zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus ist der Ausschuss Soziales und Senioren und die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik durch die regelmäßige Berichterstattung der Behindertenbeauftragten über wichtige Entwicklungen und Zwischenergebnisse zeitnah zu informieren.

mit den Ergänzungen der Bezirksvertretung Lindenthal:

Die Verwaltung wird aufgefordert, ihre Mitarbeiter/innen so zu schulen, dass sie möglichst schnell mit dem Handlungskonzept Behindertenpolitik für eine barrierefreie Umgebung sorgen.

und der Bezirksvertretung Chorweiler:

Ergänzend zur Barrierefreiheit und geförderter Wohnungsbau wird angeregt, dass die zukünftigen Eigentümer der zurzeit unter Zwangsverwaltung stehenden Hochhäuser, die noch keine Behindertenrampe haben, aufgefordert werden, im Zuge der Sanierungsmaßnahmen den Einbau von Behindertenrampen vorzunehmen.

Zudem soll die vorgesehene regelmäßige Berichterstattung auf den Stadtbezirk Chorweiler heruntergebrochen und der Bezirksvertretung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.3 Veränderung der Antragsfristen sowie Auszahlungsmodalitäten für die Förderung von Selbsthilfegruppen im Sozial- und Gesundheitsbereich 2808/2009

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün beschließt, entsprechend der Empfehlung des gemeinsamen Unterausschusses „Selbsthilfegruppen“ der Ausschüsse für Soziales und Senioren sowie Umwelt, Gesundheit und Grün:

1. Förderanträge der Selbsthilfegruppen im Sozial- und Gesundheitsbereich sind ab sofort bis zum 01.06. des laufenden Jahres zu stellen.

2. Ab 2010 erhalten Selbsthilfegruppen im Sozial- und Gesundheitsbereich

- bei bislang zweimaliger Bezuschussung einen Abschlag in Höhe von 75 % der Vorjahresförderung,
- bei bislang nur einmaliger Bezuschussung einen Abschlag von 20 % der Vorjahresförderung.

Voraussetzung für die Abschläge sind die Vorlage des Verwendungsnachweises sowie die Tatsache, dass haushaltsrechtliche Einschränkungen nicht entgegenstehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.4 Förderung von Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich, Haushaltsjahr 2009 2841/2009

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün beschließt, entsprechend der Empfehlung des gemeinsamen Unterausschusses „Selbsthilfegruppen“ der Ausschüsse für Umwelt, Gesundheit und Grün sowie Soziales und Senioren, im Haushaltsjahr 2009, die Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich gemäß der beigefügten Anlage aus den Mitteln der Finanzposition 5302.573.1800.2 zu fördern.

Die Restmittel werden der Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfe Köln (KISS) zur Unterstützung städtisch nicht geförderter, originärer Selbsthilfegruppen zur Verfügung gestellt. Sie dienen der Förderung von Aktivitäten, die aufgrund der geringen Antragshöhe (bis 520 €) nicht vom Gesundheitsamt bezuschusst werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Zuschüsse abzüglich der bereits gewährten Abschlagszahlungen zu bewilligen und auszuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.5 Sirenenkonzept Köln: Dritte Priorität - weiterer Ausbau 5749/2008

RM Herr Bacher erklärt für die SPD-Fraktion, dass diese selbstverständlich dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Dennoch bittet er die Verwaltung um Beantwortung zweier Fragen:

1. Der Unterschiedsbetrag zwischen Dach- und Mastsirenen ist 15.000,00 €. Das lässt darauf schließen, dass ein Mast diesen Preis habe. Ist dies zutreffend?
2. Darüber hinaus sei der Vorlage zu entnehmen, dass die Wartung der Sirenen pro Jahr 500,00 € Kosten verursache. Ist eine derartige Wartung so aufwändig?

Herr Neuhoff erklärt zu 1., normalerweise versuche die Verwaltung ein Gebäude zu finden, an das die Sirenen angebracht werden können. Bei den Mastsirenen sei neben der Anschaffung des Mastes auch ein Fundament zu erstellen. Außerdem sei der Planungsaufwand höher. In der Regel müsse der Stromanschluss vom letzten Verteiler der Rhein-Energie an den Mast geführt werden. Bei den bisher installierten 75 Sirenen wurde dieser Kosten-Mittelwert festgestellt.

Zur Frage 2. erläutert Herr Neuhoff, in den Wartungskosten sei nicht nur die Wartung sondern auch der Ersatz von defekten Teilen, wie z.B. Akkus oder andere Steuerungsteile, enthalten.

SE Frau Barion wundert sich, dass bei der großen Gebäudedichte in dieser Stadt, nicht überall geeignete Häuser gefunden werden, oder müssen diese besondere Voraussetzungen haben?

Herr Neuhoff erläutert, eine Sirene habe ungefähr einen Abdeckungsbereich von 1000 m. Es ist die preiswertere Lösung die ganze Fläche mit den Ausbreitungskreisen der Sirenen theoretisch zu beplanen und dann zu gucken, ob es dort ein geeignetes Gebäude gibt.

RM Frau Dr. Müller merkt zur Alternative des Beschlussvorschlages an, dass es auch nach ihrem Kenntnisstand aktuell keine Alternativen zur schnellen Sirenenwarnung gäbe. Bei einem Vortrag habe sie von einem eingereichten Patent erfahren, das als Wahlmöglichkeit in 2 – 3 Jahren zur Verfügung stehe soll. Das Verfahren basiere auf das Auslösen von Autohupen. Sie werde der Feuerwehr Informationen zukommen lassen.

Herr Neuhoff erwidert, es gäbe eine Reihe von andiskutierten technisch realisierbaren Varianten, wie z.B. Rauchmelder, die mit einem Zusatzmodul ausgerüstet seien. Das

setzt aber auch voraus, dass die in Massen hergestellten elektronischen Produkte für diesen Zweck umgerüstet werden. Also Produkte, die für den Weltmarkt gebaut werden, müssten dann in Deutschland ein Zusatzmodul enthalten. Konkret sei aber bisher noch nichts umgesetzt worden.

SE Herr Donath fragt die Verwaltung, ob es möglich sei, Fotovoltaik einzusetzen?

Nach dem Kenntnisstand von Herrn Neuhoff hat sich die Fotovoltaik als anfällig erwiesen. Es gab Versuche, dieses Problem mit Windenergie anzugehen; aber das Verfahren habe sich auch nicht bewährt.

Beschluss:

a) Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün beauftragt die Verwaltung

- das vorgelegte Konzept zur abschließenden **3. Priorität** des Kölner Sirenenkonzeptes weiter zu bearbeiten; um eine flächendeckende Beschallung des Stadtgebietes zu erreichen und
- die hierfür erforderliche Ausschreibung an Ing.-Büros durchzuführen.

b) Der Finanzausschuss beschließt

- die Freigabe der hierfür benötigten Planungsmittel in Höhe von 150.000 Euro im Teilfinanzplan 0208, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, bei Zeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, Hj. 2009.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.6 Überplanmäßige Auszahlung in Höhe von insgesamt 103.850 € im Teilfinanzplan 0701 - Gesundheitsdienste, Teilfinanzplanzeile 9 - Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen - für das Haushaltsjahr 2009
3232/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt für das Haushaltsjahr 2009 zur Beschaffung von medizinischen Geräten in Höhe von 31.850 € sowie notwendiger Hardware in Höhe von 72.000 € die überplanmäßige investive Auszahlung in Höhe von 103.850 € im Teilfinanzplan 0701 Gesundheitsdienste, Teilfinanzplanzeile 9 - Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen -

Die Deckung erfolgt durch investive Wenigerauszahlungen in gleicher Höhe im Teilfinanzplan 1101 - Ver- und Entsorgung-, Teilfinanzplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5705-1101-0-0000 – Baumaßnahme Mülldeponie Vereinigte Ville -

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.7 Beschluss zur Ausschreibung von Laborleistungen für Schadstoffuntersuchungen in städtischen Gebäuden.
3140/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt gemäß § 21 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln die öffentliche Ausschreibung von Laborleistungen für die Jahre 2010 bis 2012 zur Fortführung der Untersuchung städtischer Gebäude auf Schadstoffe

Die erforderlichen Mittel stehen im Teilplan 0701 – Gesundheitshilfen, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Fipo. 5301.572.9200.0) zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.8 Beschaffungsprogramm 2009 für die Fahrzeuge des Rettungsdienstes der Berufsfeuerwehr Köln
3425/2009**

Beschluss:

Zu 1: Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün ist mit dem Beschaffungsprogramm 2009 für die Fahrzeuge des Rettungsdienstes (Anlage 1) einverstanden. Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün verzichtet darauf, die Vergabentscheidung selbst zu treffen.

Zu 2: Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von Kassenmitteln im Haushaltsjahr 2009 in Höhe von 1.485.000,-€ im Teilfinanzplan 0208 – Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst-, Teilfinanzplanzeile 9- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen zur Beschaffung der in der Anlage aufgeführten Fahrzeuge.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Mitteilungen

5.1 Anfrage des RM Helling im Ausschuss für Soziales und Senioren am 08.06.2009 Verbesserung der Bürgerbeteiligung 2968/2009

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckt Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.2 "Menschen ohne Papiere" - finanzielle Unterstützung der Beratungslandschaft und des Fonds "Armenbett für Menschen ohne Krankenversicherung" 3133/2009

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Nach Aussagen von RM Herr Paetzold, sei die SPD-Fraktion ein wenig irritiert. Im letzten Absatz der Mitteilung heißt es, dass die Mittel in Höhe von 30.000,00 € nicht zur Verfügung gestellt werden können. Was passiert dann am 01.10.2009? Werden die Menschen ohne Papiere nicht mehr medizinisch versorgt?

Frau Beigeordnete Bredehorst erläutert, die Gelder sind bisher noch nicht zur Verfügung gestellt worden. In der Unterarbeitsgruppe des Runden Tisches für Flüchtlings-

fragen wurde dahingehend diskutiert, dass die stationäre Versorgung von Menschen ohne Papiere in Köln nicht gut gelöst sei. Die vom Rat zugestimmte Vorlage wurde jetzt konkretisiert. Die Kämmerei hat angesichts der Haushaltslage festgelegt, dass die Mittel nicht freigegeben werden. Daher diese Mitteilung. Der Ausschuss SoSe hat in seiner letzten Sitzung angeregt, das Problem in den Haushaltsplanberatungen zu erörtern. In Köln gibt es letztendlich keine befriedigende Lösung und Erkrankte seien vom Goodwill und vom Zufall abhängig, ob eine stationäre Versorgung erfolge oder nicht.

RM Herr Bacher fasst zusammen, dass nach den Vorstellungen der Verwaltung, der Rat im Rahmen der Haushaltsplan-Beratungen für 2010 Mittel zur Verfügung stellen sollte. Also wäre für 2009 die Lücke von 30.000,00 € zu schließen. Das könnte Motivation für den Rat sein, Mittel für 2010 bereitzustellen.

SE Dr. Krebs macht auf folgendes Beispiel aufmerksam: Vor kurzer Zeit wurde ein 10 jähriger zuckerkranker Junge ohne Papiere in ein Flugzeug gesetzt, das in Köln landete. Durch einen Zufall wurde der ohnmächtig gewordene Junge in ein Krankenhaus gebracht. Es stellte sich heraus, dass er eine schwere Zuckerstoffwechselstörung habe und im Krankenhaus behandelt werden musste. Das Krankenhaus blieb auf den Kosten sitzen, weil niemand zuständig sei.

Frau Beigeordnete Bredehorst erwidert, dass derartige Fälle öfters passieren. Dieser Fall sei aktenkundig und in solchen Fällen übernehme auch das Sozialamt zum Teil die Kosten. Die vorliegende Mitteilung gehe jedoch von den hier in Köln lebenden Menschen aus.

5.3 Jubiläum der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Köln 3558/2009

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.4 Bericht zur Übung des Krisenstabes 2328/2009

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

6 Mündliche Anfragen

6.1 Leitfaden Sommerhitze

SE Herr Donath weist auf ein Informationsblatt des Gesundheitsamtes zur Sommerhitze hin. Er fragt an, ob es möglich sei, speziell zum Ramadan Informationen zum Verhalten während der Sommerhitze, in Abstimmung mit den Verbänden, aufzubereiten.

Im nächsten Jahr werde es noch brisanter, da läge der Ramadan 10 Tage vorher. Ihm sei der Fall einer Schülerin bekannt, die mittags nach Hause kam und der es nicht gut ging. Sie war um 4.00 Uhr aufgestanden, um ein wenig vor Sonnenaufgang zu essen und zu trinken, da sie danach bis zum Abend nichts zu sich nehmen dürfte. Die vorliegenden Ausnahmeempfehlungen werden zwar individuell weitergereicht; es wäre jedoch für diese Bevölkerungsgruppe wünschenswert, wenn die Verwaltung eine etwas neutralere Hilfestellung geben könnte.

Die Verwaltung sagt eine entsprechende Umsetzung zu.

B - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Umwelt und Grün

13 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

13.1 Klimastudie NRW 3370/2009

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

13.2 Mündliche Anfrage des RM Herrn Dr. Fladerer aus der Sitzung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün vom 18.06.2009, TOP 20.2 3442/2009

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

13.3 Mündliche Anfrage des SE Herrn Henk aus der Sitzung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün vom 18.06.2009 3448/2009

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

13.4 Geplanter Bau der Erdgastransportleitung MET der RWE 3532/2009

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

13.5 Biologische Stationen in der Stadt Köln 3365/2009

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

13.6 Grundstück Gottfried-Hagen-Str. 1 - Antrag auf Erteilung einer BImSchG-Genehmigung für eine Anlage zur Lagerung von Schrott 3505/2009

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

14 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**14.1 Vernetzung städtischer Klimaschutz- und Energiesparprojekte
AN/1244/2009**

Die Beantwortung der Verwaltung liegt noch nicht vor.

**14.2 Taubenmanagement
AN/1297/2009**

Die Beantwortung der Verwaltung liegt noch nicht vor.

**14.3 "Bebauung des Geländes Ohmstraße, Köln-Porz"
AN/1384/2009**

Die Beantwortung der Verwaltung liegt noch nicht vor.

RM Herr Grau fragt die Verwaltung, ob es zutreffend sei, dass im Stadtentwicklungsausschuss die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen dieser Bebauungsplanänderung zugestimmt haben und ob damit auch klar gewesen sei, dass Bäume gefällt werden müssen.

15 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine

16 Beschlussvorlagen

**16.1 Grundstück Gottfried-Hagen-Str. 1 - Antrag auf Erteilung einer BImSchG-Genehmigung für eine Anlage zur Lagerung und Behandlung von Schrott
0059/2009**

RM Herr Bacher beantragt für die SPD-Fraktion die Vertagung der Beschlussvorlage auf die nächste Sitzung.

Da die Belastung mit Metallstaub eine der ganz wichtigen Entscheidungskriterien sei, regt SB Herr Dr. Albach an, das Landesumweltamt klar darauf hinzuweisen, dass hier eine gute, ortsgenaue Quellenstudie benötigt werde, um festzustellen, dass die gemessenen Werte auch tatsächlich aus dieser Quelle kommen.

RM Herr Bacher schließt sich dieser Anregung an.

Die Verwaltung nimmt diesen Hinweis auf.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün vertagt die Vorlage in die nächste Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt.

**16.2 Ausweisung des Nippeser Tälchen als Naturdenkmal
Einleitung eines Verfahrens zur Änderung der ordnungsbehördlichen
Verordnung über Naturdenkmale des bauplanungsrechtlichen Innenbe-
reiches (NDI) der Stadt Köln
0202/2009**

RM Herr Bacher bittet für die SPD-Fraktion um Vertagung der Beschlussvorlage.

SB Herr Dr. Albach erklärt, es sei zu überlegen, ob man einen Beschluss in der jetzigen Form fassen wolle oder ob man den Altrheinarm in einer etwas historischeren Form erhalten sollte. Dies sei sinnvoll, um die geologische Bedeutung dieses Naturdenkmals stärker herauszustellen.

RM Herr Dr. Albach schlägt daher vor, im Wege einer Umgestaltung den Denkmalcharakter zu verstärken. Diese Überlegung müsste allerdings auch von der Bezirksvertretung mitgetragen werden.

RM Herr Bacher bittet die Verwaltung um eine Stellungnahme zur nächsten Sitzung.

SE Herr Bilke fragt nach einer aufbereiteten Darstellung zu den Änderungen der ordnungsbehördlichen Verordnung über Naturdenkmale des bauplanungsrechtlichen Innenbereichs.

RM Herr Grau weist darauf hin, wenn man den Belangen der Bezirksvertretung folgen würde, hätte das erhebliche Auswirkungen für die gesamte Stadt. RM Herr Grau hält es für besser, Einzelbereiche wie z.B. Bäume als Naturdenkmal auszuweisen, nicht aber ganze Landschaftsteile. Er warnt davor, mit der Ausweisung von ganzen Landschaftsteilen als Naturdenkmale den Handlungsspielraum von Verwaltung und Rat massiv einzuschränken.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün vertagt die Vorlage in die nächste Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt.

16.3 Übertragung der hoheitlichen Aufgabe der Unterhaltung und des Ausbaus der Kölner Bäche auf die Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AÖR 1458/2008

RM Herr Bacher empfiehlt, diese Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen, da es noch Beratungsbedarf bei einigen Mitgliedern gebe.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt bei einer Stimmenthaltung der FDP-Fraktion

**16.4 Novellierung der Satzung für das Kommunalunternehmen Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Köln (StEB)
0919/2009**

RM Herr Bacher empfiehlt, diese Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen, da es noch Beratungsbedarf bei einigen Mitgliedern gebe.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt bei einer Stimmenthaltung der FDP-Fraktion

16.5 Durchführung einer Großveranstaltung auf der Jahnwiese, L 17, Bezirk 3, EZ 2

**hier: Widerspruchsverfahren nach §69 Landschaftsgesetz NW (LG NW)
1454/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün hält den Widerspruch des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde für unberechtigt und stimmt einer Befreiung gem. §69 (1) LG NW zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

16.6 Durchführung eines Ballon-Festivals auf der Jahnwiese 1943/2009

RM Herr Bacher empfiehlt, sich dem Beschluss des Sportausschusses anzuschließen und stellt die nachfolgend die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Grün befürwortet die Durchführung eines Ballon-Festivals auf der Jahnwiese.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

16.7 Stellenzusetzungen zur rechtskonformen und sachgerechten Umsetzung der städtischen Baumschutzsatzung 1905/2009

RM Herr Bacher erklärt für die SPD-Fraktion die Zustimmung zu dieser Beschlussvorlage.

SB Herr Dr. Albach teilt mit, es gebe in diesem Bereich eher ein Vollzugsdefizit bei den Ausgleichsmaßnahmen als bei den Genehmigungen. Er habe den Eindruck, die Verwaltung mache es sich zu einfach, wenn sie das Problem durch Stellenzusetzungen lösen wolle.

SB Herr Dr. Albach regt an, dass Antragstellerinnen und Antragsteller aufgefordert werden sollen, bei Erteilung der Genehmigung eine Kautions zu hinterlegen, um so das Problem mit der Umsetzung der Auflagen zu lösen.

RM Herr Bacher kritisiert, um die Kautions später zurückzahlen zu können, müsse die Verwaltung auch eine Kontrolle durchführen, um zu sehen, ob die Ersatzpflanzung erfolgt sei. Dies führe dazu, dass das Verfahren komplizierter werde. Auch bei der Kautionslösung seien zusätzliche Stellen erforderlich.

RM Herr Bartsch erklärt, er stimme mit seinen Vorrednern darin überein, dass ein Vollzugsdefizit bestehe. Für die CDU-Fraktion bittet er jedoch darum, heute keinen Beschluss zu fassen, sondern die Problematik im Rahmen der bevorstehenden Haushaltsplanberatungen zu klären.

RM Frau Dr. Müller merkt an, die Beschlussalternative zeige, dass die Baumschutzsatzung akut gefährdet sei, wenn der Beschluss heute nicht so gefasst werde. Sie betont, durch eine Refinanzierung sei von zusätzlichen Kosten durch die Stellenzusetzungen nicht auszugehen.

Frau Beigeordnete Bredehorst bestätigt, dass eine Refinanzierung der Kosten für die Stellenzusetzungen bestehe.

RM Herr Grau hält die Frage der Refinanzierung für nicht maßgeblich, da sich die finanzielle Gesamtsituation der Stadt Köln dadurch nicht ändere.

RM Herr Bacher spricht sich weiterhin für eine Entscheidung in der heutigen Sitzung aus und stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt zur rechtskonformen und sachgerechten Umsetzung der Aufgabenstellungen aus der Baumschutzsatzung der Stadt Köln die Zusetzung von zwei Stellen „Gartenbautechnische/r Angestellte/r“ (1 x VGr. Vb/IVb/IVa BAT, EG 10 TVöD sowie 1 x VGr. Vc/Vb BAT, EG 8 TVöD).

Die zusätzlichen Stellen werden zum Stellenplan 2010 eingerichtet, bis dahin wird eine stellenplanmäßige Verrechnung verwaltungsintern sichergestellt.

Die erforderlichen Personalkosten von 107.000 € und Sachkosten von 11.800 € sind ab dem Haushaltsjahr 2010 ff. zu veranschlagen (zusammen 118.800 €).

Zur Wahrnehmung der Aufgaben aus der Baumschutzsatzung sollen u.a. die Ersatzpflanzungskontrollen deutlich intensiviert sowie bei Verstößen gegen die Baumschutzsatzung konsequent Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet werden.

Dadurch werden Einnahmesteigerungen bei den zweckgebundenen Ausgleichszahlungen von bis zu 410.000 € und bei Bußgeldern von bis zu 265.000 € (bezogen auf die Einnahmesituation 2008) erwartet. Ob sich diese Mittel in der berechneten Höhe, insbesondere langfristig, generieren lassen, ist jedoch offen.

Sofern die Einnahmeerwartung erfüllt wird, lassen sich die zusätzlichen Personalkosten zumindest anfangs refinanzieren. Aufgrund der diesbezüglichen Unsicherheit erfolgt die Kostendeckung zunächst wie folgt:

Der Mehraufwand ab dem Haushaltsjahr 2010 ff. für entstehende Personalkosten in Teilplan 1401, Umweltordnung, -vorsorge, TP Zeile 11, Personalaufwendungen, sowie Sachkosten in TP- Zeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen, von zusammen 118.800 € wird durch Reduzierung der in der Mittelfristplanung 2010 ff. im Teilplan 1101, Ver- und Entsorgung, TP-Zeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen veranschlagten Aufwendungen gedeckt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und bei einer Stimmenthaltung der FDP-Fraktion

**16.8 Freigabe von Verpflichtungsermächtigungen
hier: Beschaffungen KFZ im Grünbereich
2394/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt Freigaben aus der im Haushaltsplan 2008/2009, Teilfinanzplan 1301, Zeile 9 / Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, veranschlagten Verpflichtungsermächtigung für 2010 in Höhe von 750.000,- € und für 2011 in Höhe von 450.000,- €.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**16.9 Lieferung von Schüttgütern
3103/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün erkennt den Bedarf zur Beschaffung von Schüttgütern (Wegebaumaterialien) für das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen an und beauftragt die Verwaltung ein Vergabeverfahren durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**16.10 Ersatz- und Neupflanzungen Bäume
hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen
1431/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt eine Freigabe in Höhe von 300.000,- € aus Teilergebnisplan 1301, Zeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen für Ersatz- und Neupflanzungen von Bäumen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**16.11 Sanierungsmaßnahmen im Botanischen Garten
hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des
Bürgerhaushalts
3270/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt eine Freigabe in Höhe von 84.000,- € aus Teilergebnisplan 1301, Zeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Hj. 2009, für Sanierungsmaßnahmen im Botanischen Garten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

16.12 Erweiterung der Veterinär-Grenzkontrollstelle am Flughafen Köln/Bonn 3141/2009

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt, den Betrieb der Grenzkontrollstelle zur Überprüfung der veterinärrechtlich vorführpflichtigen Einfuhren (GKS) am Flughafen Köln/Bonn in der durch den Flughafen geplanten erweiterten Form unbefristet sicherzustellen.

Hierfür wird das für diese Aufgabe derzeit vorhandene Personal (eine unbefristete sowie eine bis 31.12.2010 befristete Planstelle Tierarzt/Tierärztin VGr. II/Ib, Fg 3/12 BAT) zum Stellenplan 2010 aufgestockt um:

1 Stelle Tierarzt/Tierärztin VGr. Ia, Fg. 9 BAT,
4,5 Stellen Tierarzt/Tierärztin VGr. II/Ib, Fg 3/12 BAT sowie
2 Stellen Verwaltungsangestellte/r VGr. VIb, Fg. 1a BAT.

Aufgrund der Unabwägbarkeiten hinsichtlich der endgültigen Personalbemessung, die erst nach einem Erfahrungszeitraum konkret zu ermitteln ist, wird die bis Ende 2010 befristete Tierarztstelle vorerst weiterbefristet bis 31.12.2012; eine der zusätzlichen Tierarztstellen VGr. II/1b, Fg. 3/12 BAT ist ebenfalls bis 31.12.2012 zu befristen.

Das zusätzliche Personal ist rechtzeitig vor dem erweiterten Betrieb der GKS einzustellen und zu schulen. Sofern der Stellenplan 2010 zum Zeitpunkt der erforderlichen personellen Zusetzungen (voraussichtlich spätestens zum 01.03.2010) noch nicht in Kraft getreten ist, wird verwaltungsintern eine stellenplanmäßige Verrechnung sichergestellt.

Für 2010 sind folgende zusätzliche Aufwendungen:

- zusätzlich entstehende Personalaufwendungen (für 10 Monate) in Höhe von 398.700 Euro
- zusätzliche Sachaufwendungen in Höhe von 77.870 Euro (bestehend aus den Verwaltungsgemeinkosten sowie sonstigen personen- und sachbezogenen Aufwendungen)

in den Haushalt einzustellen;

ab dem Hj. 2011 sind für den Betrieb der GKS insgesamt Personalaufwendungen in Höhe von 628.000 Euro und Sachaufwendungen von 100.800 Euro zu veranschlagen.

Eine 100 %ige Kostendeckung erfolgt durch Gebühren sowie durch die Kostenerstattung der Flughafen Köln/Bonn GmbH (FKB).

Der Beschluss gilt vorbehaltlich einer schriftlichen vertraglichen Regelung mit der FKB, dass der nicht über die Mindestgebühreneinnahmen gem. der allgemeinen Gebührenordnung NRW in der jeweils gültigen Fassung refinanzierbare Aufwand des Betriebes einer GKS unbefristet zu 100 % von der FKB getragen werden und dadurch ein für die Stadt Köln haushaltsneutraler Betrieb sichergestellt wird.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

17 Mitberatung von Planungsvorlagen

**17.1 Empfehlungen zur zukünftigen Nutzung ehemaliger Friedhofserweiterungsflächen
3140/2008**

RM Herr Bacher erklärt, die SPD-Fraktion habe noch Beratungsbedarf zu dieser Vorlage und bittet daher um Vertagung auf die nächste Sitzung.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün vertagt die Vorlage in die nächste Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**17.2 4. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes Köln NordWest
(Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung/Umsetzung der IIRA in die
Flächennutzungsplanung)
- Beschluss über Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung/Stellungnahmen der Bezirksvertretungen Lindenthal und Chorweiler sowie
- Offenlage zur 4. FNP-Fortschreibung
1063/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. für den im planungsverbindlichen Flächennutzungsplan in der Anlage 2 dargestellten Bereich eine Planänderung gemäß § 2 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) mit dem Ziel einzuleiten, die Flächen im Sinne der Stadtentwicklung und der städtebaulichen Zielvorgaben zukunftsorientiert anzupassen und neu zu ordnen;
2. die am 24.06.2008 vom Stadtentwicklungsausschuss beschlossenen Vorgaben der IIRA und die Anregungen aus den Öffentlichkeitsbeteiligungen entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zu den Beschlüssen der Bezirksvertretungen in die Neudarstellung des Flächennutzungsplanes zu übernehmen und
3. die 4. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB mit der gemäß § 5 Abs. 5 BauGB (i. V. m. § 2a BauGB) als Anlage beigefügten Begründung mit Umweltbericht offenzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

18 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

19 Mitteilungen

19.1 Bilanz der Kölner Umweltzone Beantwortung der Anfrage der Fraktion pro Köln im Rat 2820/2009

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**19.2 Umweltpolitische Forderungen des DST an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung
3000/2009**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**19.2.1 Ergänzende Mitteilung der Verwaltung zu den umweltpolitischen Forderungen des DST an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung, 3000/2009 Hier: Beratung des Hauptausschusses vom 10.08.2009
3664/2009**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**19.3 CO₂-Minderung bei den StEB durch Eigenstromerzeugung und Energieeinsparung
2939/2009**

SE Herr Donath bittet herauszustellen, welches Ausmaß die CO₂ Minderung bzw. die Erzeugung von regenerativem Strom bei der StEB habe. Er merkt an, die Ergebnisse würden unter ihrem Wert gehandelt. Die StEB erzeuge aus Klärgas derzeit eine Strommenge, welche fast an die Menge des gesamten regenerativen des Stroms in Köln heranreiche. Dies sei eine sehr gute Sache, zumal die Energieoptimierungsmaßnahmen auch weiter ausgebaut werden.

SB Herr Dr. Albach bittet die Untere Abfallbehörde bezüglich der Nutzung von Kofermentation zur Erhöhung der Gasausbeute um eine Stellungnahme.

Frau Beigeordnete Bredehorst sagt eine Weiterleitung der Fragen an die StEB zu.

**19.4 Kommunalverfassungsbeschwerde Umweltverwaltung
Evaluation des Belastungsausgleichs für das Jahr 2008
2961/2009**

RM Frau Dr. Müller lobt die Umweltverwaltung, die die Auswirkungen diverser Veränderungen sehr transparent dargelegt habe. Sie hoffe, dass auf diesem Weg eine Verbesserung für alle Kommunen erreicht werden könne.

**19.5 Gastechische Erschließung der ehemaligen Colonia-Deponie
Hier: Ergebnisse der Machbarkeitsstudie für die aerobe in situ Stabilisierung des Verkehrsübungsplatzes
3005/2009**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**19.6 Aktueller Stand der interkommunalen Zusammenarbeit in der Zukunftsinitiative StadtRegion Köln-Rhein-Erft und zum Abschluss der Arbeit an der IIRA
2978/2009**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**19.7 Statusbericht Bürgerhaushaltsverfahren 2008
2486/2009**

SE Herr Bilke teilt mit, bei den Maßnahmen gebe es einen sehr unterschiedlichen Umsetzungsstand. Daher regt er an, mit dem nächsten Bericht für den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün darzustellen, wie der aktuelle Sachstand sei.

Des Weiteren nimmt SE Herr Bilke Bezug auf das Thema Straßenbäume und Fehlstellen, das unter verschiedenen Vorschlägen immer wieder angesprochen werde. Um feststellen zu können, ob in den letzten Jahren eine Verbesserung eingetreten sei, bittet er um eine aktuelle Aufstellung der Fehlstellen zum Ende der Pflanzperiode.

Die Verwaltung sagt die schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

SE Herr Dr. Krebs berichtet in diesem Zusammenhang, dass die Seniorenvertretung eine Befragung von Seniorinnen und Senioren durchgeführt habe. Bei der Frage, was

Bürgerinnen und Bürger am Meisten in Köln störe, war die Antwort: der Schmutz in der Stadt. Von daher seien die jetzt genehmigten Maßnahmen mehr als gerechtfertigt.

19.8 Baumfällungen aufgrund der BAB-Erweiterung in Köln-Buchheim
Mündliche Anfrage des SB Herrn Dr. Albach
3284/2009

SB Herr Dr. Albach teilt mit, es sei noch nicht mit den Wiederbegrünungsmaßnahmen begonnen worden, daher herrsche dort ein sehr unerfreulicher Zustand. Er bittet die Verwaltung dringend, mit dem Landesbetrieb diese Gegend in die Prioritätenliste aufzunehmen.

19.9 Tiefenwasserbelüftungsanlage See 6 am Fühlinger See
3550/2009

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

19.10 Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen des Bundes
3649/2009

SB Herr Dr. Albach ist der Auffassung, man müsse hier nach besseren Lösungsmöglichkeiten für Lärmsanierungen suchen. Er berichtet, Kölnerinnen und Kölner fühlen sich in erheblichem Maße durch die Erschütterungen am Kölner Eisenbahnring gestört. Es gebe z.B. Möglichkeiten mit entsprechender Behandlung des Schotterbettes die Erschütterungen deutlich zu reduzieren oder den direkten Lärm sehr viel schonender abzufangen. Damit könnten die geplanten, enorm hohen Lärmschutzwände, die sehr wahrscheinlich wieder durch Graffiti verunstaltet werden, verhindert werden.

Er bittet die Verwaltung, diesbezüglich Kontakt mit der Deutschen Bahn aufzunehmen und alle Möglichkeiten zu nutzen, die Lärmsanierung optisch ansprechender umzusetzen, als es diese Beschlussvorlage vorsehe.

Er erklärt, diese Lärmschutzwände verunstalten den ohnehin sensiblen Bereich der Innenstadt.

RM Herr Bacher sieht dieser Beschlussvorlage ebenfalls mit Sorge entgegen. Er schließt sich der Auffassung von SB Herrn Dr. Albach an, dass dies ein weiterer Ansatzpunkt sei, die Stadt weiter zu verschandeln. Diese Lärmschutzwände seien weder

für die dort lebenden Bürgerinnen und Bürger noch für die Zugreisenden ein erfreulicher Anblick. Außerdem rechne er fest damit, dass es dennoch gelingen werde, die Flächen für Graffiti zu nutzen.

Herr Liebmann weist einerseits darauf hin, dass es bei der Beteiligung der Stadt Köln eine Abstimmung in Bezug auf stadtgestalterische Maßnahmen gegeben habe. Dies komme hierbei auch zum Ausdruck.

Andererseits macht Herr Liebmann deutlich, dass es in Köln ausgeprägte Beschwerdelagen gebe, die der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün immer wieder nachfrage. Die Verwaltung müsse daher dringend handeln. Selbst wenn einzelne Maßnahmen unter stadtgestalterischen Gesichtspunkten nicht so richtig passend seien, sei die Verwaltung froh, dass hier ein solches Programm aufgelegt worden sei.

Herr Liebmann teilt mit, er habe Informationen, dass es besser sei, diese Beschlussvorlage nicht zu vertagen, da ansonsten das Vorhaben in dem Sanierungsprogramm um fünf Jahre nach hinten verschoben werde. Insofern bittet er um eine genaue Abwägung des Erreichbaren zur Lärminderung und um eine entsprechende Würdigung.

RM Herr Bacher hält seine zuvor genannte Einschätzung aufrecht.

RM Frau Dr. Müller unterstützt ausdrücklich die Auffassung der Verwaltung. Es sei eine schwierige Abwägung zu treffen und es sollten dabei alle Möglichkeiten genutzt werden. Der Lärmschutz sollte eine hohe Priorität haben.

19.11 Anpassungsstrategie an den Klimawandel 3398/2009

RM Frau Dr. Müller hebt an dieser Stelle die gute Empfehlung der Verwaltung hervor. Sie sei sehr erfreut, dass die Umweltverwaltung bereits die Initiative ergriffen habe, um diese lokalen Besonderheiten herauszuarbeiten.

19.12 Geplanter Bau einer Biogasanlage in Köln-Immendorf 3097/2009

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

19.13 Luftschadstoffmessung entlang der Rheinuferstraße 3640/2009

SB Herr Dr. Albach hält es für notwendig, genau herauszufinden, aus welcher Richtung die Schadstoffe an der Rheinuferstraße kommen. Neben dem Autoverkehr könne auch der Schiffsverkehr eine große Belastung darstellen.

RM Frau Dr. Müller fragt, wann die Verwaltung mit den Messungen beginne, wann mit dem Abschluss und der Auswertung der Messungen gerechnet werden könne. Weiterhin bittet sie um Mitteilung, ob es bereits Überlegungen gebe, wo genau gemessen werden solle.

Herr Liebmann teilt mit, die Verwaltung habe die vier Messpunkte ausgewählt. Die Messungen erfolgen dort, wo auch die angrenzende Wohnbebauung betroffen sei und von der Verkehrsdichte her in besonderem Maße die Notwendigkeit dafür gesehen werde. Die genauen Messpunkte sind als **Anlage** der Niederschrift beigelegt.

Der genaue Beginn der Messungen hänge von verwaltungsinternen Abstimmungen, der Bewilligung der Mittel und dem Vergabeverfahren ab. Herr Liebmann rechnet damit, dass noch in diesem Jahr mit den Messungen begonnen werden könne.

19.14 Sachstand Freiraum Meschenich 3098/2009

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

19.15 Kölner Umweltzone - Ausblick und weiteres Verfahren 3787/2009

RM Frau Dr. Müller schließt sich der Auffassung der Umweltverwaltung an. Auch aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei die Haltung der Landesregierung nicht nachvollziehbar. Nach den derzeitigen Messungen müsse mit der nächsten Stufe der Umweltzone ab Anfang 2010 begonnen werden und alle Fahrzeuge mit roten Plaketten aus der Umweltzone ausgesperrt werden.

RM Frau Gärtner sehe durchaus auch die Notwendigkeit des Schutzes der Gesundheit der Bewohnerinnen und Bewohner und des Klimas in der Innenstadt, jedoch halte sie es für vertretbar, die nächste Stufe um ein halbes Jahr hinauszuschieben.

Frau Beigeordnete Bredehorst teilt mit, das gesamte Verfahren sei sehr ärgerlich. Das Landesumweltamt habe Auswertungen dargelegt, aus denen eindeutig hervorgehe, dass die Umweltzone eine Wirkung habe. Diese Wirkung reiche jedoch bei der jetzigen Ausgestaltung, auch in Anbetracht der diversen Ausnahmeregelungen, bei weitem noch nicht aus, um die Grenzwerte einzuhalten.

Frau Beigeordnete Bredehorst ergänzt, wenn nun die zweite Stufe der Umweltzone nicht angegangen werde, könne man jetzt schon davon ausgehen, dass die Berechnungen des Luftreinhalteplans nicht zutreffen und im nächsten Jahr die Grenzwerte voraussichtlich nicht eingehalten werden. Frau Beigeordnete Bredehorst verweist in diesem Zusammenhang auf den Luftreinhalteplan. Die dortigen Berechnungen haben einerseits dazu geführt, das Gebiet der Kölner Umweltzone festzulegen und andererseits eine Möglichkeit gegeben, auszurechnen, welche Plaketten verboten sein sollen.

Frau Beigeordnete Bredehorst merkt an, es liege außerdem die Klage eines Bürgers gegen die Umweltzone vor. Das Rechtsamt der Stadt habe zusätzlich berechtigte Sorgen, dass durch das Aussetzen und weitere Verschieben ein rechtliches Argument zum tragen komme, was dazu führen könnte, dass die Umweltzone gekippt werde. Das Argument sei, dass viel Aufwand betrieben, aber wenig Wirkung erzielt werde und so die Umweltzone in ihrer bisherigen Ausgestaltung von der Verhältnismäßigkeit her nicht mehr angemessen sei.

20 Mündliche Anfragen

20.1 Ehemaliges Karstadt-Gelände in Porz/Eil, Rudolf-Diesel-Str., Frankfurter Str., Maarhäuser Weg hier: mündliche Anfrage von RM Herrn Grau

RM Herr Grau erklärt, auf einem Teilbereich des ehemaligen Geländes der Fa. Karstadt in Porz/Eil in dem Gebiet zwischen der Rudolf-Diesel-Str., Frankfurter Str. und dem Maarhäuser Weg habe sich die Fa. Dachser angesiedelt. In diesem Bereich seien umfangreiche Versiegelungen vorgenommen worden. RM Herr Grau fragt, ob diese Maßnahmen genehmigt und entsprechende Ausgleichsmaßnahmen geschaffen worden seien.

RM Herr Grau fügt hinzu, des Weiteren sei in diesem Bereich direkt angrenzend an einen Campingwarenhandel ein ganzes Wäldchen verschwunden. Das Grundstück sein inzwischen kahl. Auch hier bittet er um Informationen, ob und wer hier eine Genehmigung erteilt habe und ob entsprechende Ausgleichsmaßnahmen getätigt worden seien.

RM Herr Grau bittet in beiden Fällen um Prüfung und Information des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün.

Frau Beigeordnete Bredehorst sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

genehmigt:

(Beigeordnete)

(Vorsitzender
den
reich)

(Schriftführerin für den
Gesundheitsbereich)

(Schriftführerin für
für den Umweltbe-